

**Staatskirchenrechtliche Abhandlungen**

---

**Band 60**

**Das staatskirchenrechtliche Regime  
Elsass-Lothringens in  
rechtsvergleichender Perspektive**

**Le droit local des cultes en Alsace-Moselle**

**Von**

**Anna Imhof**



**Duncker & Humblot · Berlin**

ANNA IMHOF

Das staatskirchenrechtliche Regime Elsass-Lothringens  
in rechtsvergleichender Perspektive

# Staatskirchenrechtliche Abhandlungen

Herausgegeben von

Otto Depenheuer · Ansgar Hense · Alexander Hollerbach

Josef Isensee · Matthias Jestaedt · Paul Kirchhof · Joseph Listl (†)

Wolfgang Loschelder (†) · Hans Maier · Paul Mikat (†) · Stefan Muckel

Sebastian Müller-Franken · Wolfgang Rübner · Christian Starck

Markus Stoffels · Arnd Uhle

Band 60

# Das staatskirchenrechtliche Regime Elsass-Lothringens in rechtsvergleichender Perspektive

Le droit local des cultes en Alsace-Moselle

Von

Anna Imhof



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg  
und die École doctorale des sciences juridiques der Université de Strasbourg  
haben diese Arbeit im Jahre 2021 als Dissertation angenommen.

Die Veröffentlichung der Arbeit wurde gefördert durch die



Erzbischof Hermann  
Stiftung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2022 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: 3w+p GmbH, Rimpf  
Druck: CPI buchbücher.de GmbH, Birkach  
Printed in Germany

ISSN 0720-7247  
ISBN 978-3-428-18548-1 (Print)  
ISBN 978-3-428-58548-9 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

*À mon mari*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2021 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau und der École doctorale des sciences juridiques der Université de Strasbourg als Dissertation im Cotutelle-Verfahren angenommen. Für die Drucklegung wurde sie geringfügig überarbeitet. Dabei konnten noch vereinzelt Nachweise aus der aktuellen Gesetzgebung und Rechtsprechung berücksichtigt werden.

Zunächst danke ich ganz herzlich meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Matthias Jestaedt, Direktor des Instituts für Staatswissenschaft und Rechtsphilosophie der Universität Freiburg, für die Idee zu dem Thema, für die stets wohlwollende und zielführende Unterstützung sowie zahlreiche wertvolle Anregungen. Außerdem danke ich meiner Doktormutter Madame Dr. Catherine Haguenau-Moizard, Professorin für Öffentliches Recht an der Université de Strasbourg, für Ihr großes Engagement bei der Betreuung der Arbeit und die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Den Mitgliedern der Prüfungskommission meiner Soutenance de thèse Professor Dr. Gernot Sydow, M.A. (Westfälische Wilhelms-Universität Münster), der den Vorsitz übernahm, Professor Dr. Jan Henrik Klement (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg) und Professor Dr. Thomas Hochmann (Université Paris-Nanterre) sei für Ihren interessierten Einsatz bei meinem deutsch-französischen Vorhaben gedankt.

Mein ausdrücklicher Dank gilt dem Evangelischen Studienwerk e. V. Villigst und dem Deutsch-Französischen Doktorandenkolleg „Rechtsvergleichung im öffentlichen Recht angesichts der europäischen Integration“ für die ideelle und finanzielle Förderung während der Promotionszeit.

Dank schulde ich weiterhin den Mitarbeiter\*innen des Institut de droit local in Straßburg, die mir den unkomplizierten Zugriff auf das dort vorhandene Forschungsmaterial ermöglichten.

Des Weiteren danke ich den Herausgebern der „Staatskirchenrechtlichen Abhandlungen“ – namentlich Herrn Professor Dr. Ansgar Hense – für die Aufnahme dieser Dissertation in die Schriftenreihe. Ein besonderer Dank gilt der Erzbischof-Hermann Stiftung der Erzdiözese Freiburg für den großzügigen Druckkostenschuss bei der Veröffentlichung dieser Arbeit.

Schließlich möchte ich mich von Herzen bei meinen Eltern bedanken, die mir ein geistliches Fundament und den wohl größten Schatz mitgegeben haben: die wirkliche Freude am Leben ohne Warum, „sunder warumbe“. Meinen Schwestern bin ich sehr dankbar für unsere tiefe Verbundenheit. Sie haben mir manchen Bibliotheks-

gang abgenommen und einige Babysitterdienste erwiesen. Danke sagen möchte ich auch meinen engen Freundinnen aus Schul- und Studienzeiten für Inspiration, Austausch und Wegbegleitung in allen Lebensphasen.

Ohne meinen wunderbaren Mann würde ich nicht im Elsass leben und gäbe es diese Arbeit nicht. Ihm und unseren großartigen Kindern gilt mein umfassender Dank und meine Liebe. Mein Leben mit Euch zu teilen, ist mein größtes Glück.

Hatten, im Februar 2022

*Anna Imhof*

# Inhaltsübersicht

<b>Einleitung</b> .....	25
-------------------------	----

## *Erster Teil*

<b>Historische und rechtliche Grundlagen des elsass-lothringischen Staatskirchenrechts</b>	34
§ 1 Die Nichtabschaffung des lokalen Staatskirchenrechts als Folge der wechselvollen Geschichte Elsass-Lothringens .....	34
§ 2 Die wichtigsten Komponenten des elsass-lothringischen Staatskirchenrechts .....	132

## *Zweiter Teil*

<b>Das elsass-lothringische Staatskirchenrecht am Maßstab der französischen Verfassung und des europäischen Rechts</b>	184
§ 3 Das elsass-lothringische Staatskirchenrecht und die französische Verfassung .....	184
§ 4 Das elsass-lothringische Staatskirchenrecht im europäischen Kontext .....	320

## *3. Teil*

<b>Parallelen und Unterschiede zum innerfranzösischen und deutschen Staatskirchenrecht</b>	349
§ 5 Die Finanzierung von Religionsgemeinschaften .....	349
§ 6 Der Religionsunterricht an öffentlichen Schulen .....	422
§ 7 Die theologischen Hochschuleinrichtungen .....	461
§ 8 Erkenntnisse aus dem Vergleich mit dem Staatskirchenrecht in Deutschland und Innerfrankreich .....	498
<b>Fazit</b> .....	507
<b>Résumé</b> .....	517
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	527
<b>Sachwortverzeichnis</b> .....	550



# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	25
I.    Themeneinführung .....	25
II.   Aufbau und Ziele der Arbeit .....	30

## *Erster Teil*

<b>Historische und rechtliche Grundlagen des elsass-lothringischen Staatskirchenrechts</b>	34
--	----

§ 1 Die Nichtabschaffung des lokalen Staatskirchenrechts als Folge der wechselvollen Geschichte Elsass-Lothringens .....	34
I.    Staatskirchenrechtliche Besonderheiten Elsass-Lothringens im Ancien Régime	35
II.   Von der Französischen Revolution bis zum deutsch-französischen Krieg 1870	40
1. Die Französische Revolution und das Ende des gallikanischen Staatskirch- entums .....	41
a) Die Absorbierung der Religion durch die Nation .....	42
b) Die Trennung von Staat und Kirche .....	47
2. Die Errichtung des Konkordatssystems von der napoleonischen Zeit bis zum Zweiten Kaiserreich .....	49
a) Napoleons Konsulat und das Erste Kaiserreich .....	49
aa) Das Regime für den katholischen Kult .....	52
bb) Das Regime für die protestantischen Kulte .....	55
cc) Das Regime für den israelitischen Kult .....	56
dd) Die höheren Bildungseinrichtungen .....	57
(1) Das protestantische Seminar und die evangelisch-theologische Fa- kultät .....	59
(2) Die katholischen Seminare .....	61
b) Die Restauration 1814 .....	62
c) Die Julimonarchie 1830 .....	66
d) Die Zweite Republik 1848 .....	68
e) Das Zweite Kaiserreich 1852 .....	72
III.  Spuren der deutschen Besatzungszeit von 1871 bis 1918 .....	74
1. Allgemeine verfassungsrechtliche Entwicklung Elsass-Lothringens .....	77
2. Das Konkordatssystem im Reichsland .....	79
3. Das Schulsystem und der Kulturkampf im Reichsland .....	83

4. Die theologischen Fakultäten im Reichsland .....	86
a) Die Abschaffung des protestantischen Seminars und Neuerrichtung der evangelisch-theologischen Fakultät .....	87
b) Die Gründung der katholisch-theologischen Fakultät .....	89
IV. Die Rückintegration Elsass-Lothringens nach Frankreich von 1918 bis 1940 ..	91
1. Die Beibehaltung des Konkordatssystems .....	94
2. Die Aufrechterhaltung der bildungspolitischen Besonderheiten .....	99
a) Das Schulwesen .....	99
b) Die theologischen Fakultäten .....	101
aa) Die Anpassung der evangelisch-theologischen Fakultät .....	103
bb) Die Neuverhandlung der katholisch-theologischen Fakultät .....	105
V. Elsass-Lothringen unter nationalsozialistischer Herrschaft bis 1944 .....	106
1. Die Abschaffung des Konkordatssystems .....	107
2. Die Abschaffung des konfessionellen Schulsystems .....	109
3. Die Abschaffung der theologischen Fakultäten .....	110
VI. Die Beibehaltung des lokalen Staatskirchenrechts unter den Verfassungen der Vierten und Fünften Republik .....	112
1. Die einfachrechtliche Situation nach dem Zweiten Weltkrieg .....	113
2. Erfolgreiche Neuverhandlung des französischen Staatskirchenrechts zwischen 1952 und 1957 .....	115
3. Die Verfassungen und das vorkriegsrechtliche lokale Staatskirchenrecht ....	117
a) Die Verfassung der Vierten Republik von 1946 .....	118
aa) Erste Assemblée nationale constituante (ANC) vom 21. Oktober 1945	118
bb) Zweite Assemblée nationale constituante (ANC) vom 2. Juni 1946 ..	122
b) Die Verfassung der Fünften Republik von 1958 .....	125
VII. Die jüngsten Entwicklungen des lokalen Staatskirchenrechts .....	128
1. Verfestigung des lokalen Staatskirchenrechts vom Provisorium zur Dauerlösung .....	128
2. Reformen: Abschaffung oder Erneuerung veralteter Regelungen .....	130
§ 2 Die wichtigsten Komponenten des elsass-lothringischen Staatskirchenrechts .....	132
I. Die Organisation der anerkannten Religionsgemeinschaften .....	133
1. Der öffentlich-rechtliche Status der anerkannten Kulte .....	133
a) Die staatliche Geschäftsstelle für die Kulte .....	133
b) Die öffentlich-rechtlichen Kultureinrichtungen .....	134
c) Die Verwaltungsakte der Kultureinrichtungen .....	136
2. Die Geistlichen als Amtsträger des öffentlichen Rechts .....	138
a) Arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Besonderheiten .....	140
b) Staatliche Mitwirkung bei der Ernennung und Absetzung der Geistlichen	142
3. Der Status der Kultstätten und Pfarrhäuser .....	146

4. Die Verwaltungsorgane und -bezirke des katholischen Kults	149
a) Fabriken	151
b) Mensen	152
c) Seminare	152
d) Diözesen und ihre Teilbezirke	154
e) Domkapitel	155
5. Die Verwaltungsorgane und -bezirke der protestantischen Kulte	155
a) Presbyterien	156
b) Konsistorien	156
c) Inspektionen	157
d) Zentralgremien der beiden Kirchen	158
e) Gemeinsame Einrichtungen der beiden protestantischen Kirchen	159
f) Thomaskapitel	162
6. Die Verwaltungsorgane und -bezirke des jüdischen Kults	165
a) Konsistorien	165
b) Rabbinerbezirke	166
7. Das Prinzip der beschränkten Vermögensverwaltung	166
II. Die Organisation der nichtanerkannten Religionsgemeinschaften	168
1. Einheitliches Vereinigungsregime	168
2. Vereinigungsgründung	169
3. Volle Rechtsfähigkeit	170
4. Staatliche Subventionen	171
5. Privatrechtlicher Status der Geistlichen	173
III. Die Kongregationen	173
IV. Einzelfragen der Kultausübung	175
1. Sonn- und Feiertagsschutz	175
2. Kirchenglockenläuten	176
3. Prozessionen und Zeremonien unter freiem Himmel	177
4. Schächten	178
5. Friedhöfe	180

### *Zweiter Teil*

#### **Das elsass-lothringische Staatskirchenrecht am Maßstab der französischen Verfassung und des europäischen Rechts**

184

§ 3 Das elsass-lothringische Staatskirchenrecht und die französische Verfassung	184
I. Kein Verfassungsrang für das elsass-lothringische Staatskirchenrecht	185
1. Keine ausdrückliche Festschreibung in der Verfassung	186
a) Debatten in 2008	186

b) Debatten in 2011 .....	189
c) Debatten seit 2018 .....	190
2. Kein ungeschriebener Teil der Verfassung .....	192
II. Prinzipielle Vereinbarkeit des elsass-lothringischen Staatskirchenrechts mit der Verfassung .....	194
1. Das Prinzip der Laizität .....	194
a) Soziokultureller Hintergrund .....	195
b) Tatbestandslösung .....	202
aa) Inhaltliche Definition: Inklusives Verständnis des Laizitätsprinzips ..	202
(1) Positive staatliche Neutralität und Gleichbehandlungsgebot .....	203
(2) Relative Trennung von Staat und Kirche .....	206
(3) Anerkennung der Religions- und Gewissensfreiheit .....	208
(4) Vorrangige Achtung der „règles communes“ .....	210
bb) Rechtliche Qualifikation: Das Laizitätsprinzip als „Principe Fondamental Reconnu par les Lois de la République“ – PFRLR .....	212
c) Rechtfertigungslösung .....	215
aa) Inhaltliche Definition: Exklusives Verständnis des Laizitätsprinzips ..	215
(1) QPC-Entscheidung des Conseil constitutionnel vom 21. Februar 2013: Teilidentifikation mit Art. 2 Abs. 1 TG 1905 .....	216
(a) Prozessgeschichte .....	217
(b) Zulässigkeit der QPC .....	218
(c) Begründetheit der QPC .....	219
(aa) Rechtsgrundlagen des lokalen Staatskirchenrechts .....	219
(bb) Laizitätsdefinition .....	220
(cc) Historisch-kontextbezogene Rechtfertigung .....	225
(2) Teile der Lehre: Vollständige Identifikation mit Art. 2 Abs. 1 TG 1905 .....	237
(a) Herleitung eines exklusiven Verständnisses .....	238
(b) Das Prinzip der Nichtanerkennung .....	239
(c) Das Besoldungs- und Subventionsverbot .....	242
bb) Verschiedene Rechtfertigungsansätze für das lokale Staatskirchenrecht ..	244
(1) Das lokale Recht als PFRLR .....	245
(a) Voraussetzungen für die Ableitung des PFRLR .....	247
(aa) Fundamentales Prinzip .....	247
(bb) Vorkonstitutionelles Prinzip .....	248
(cc) Gleichmäßige Rechtstradition .....	248
(b) Abwägung oder Verdrängung? .....	249
(aa) Gegenseitige Abwägung .....	249
(bb) Automatische Verdrängung des Laizitätsprinzips .....	252
(2) Das Prinzip der freien Kultausübung .....	253
(3) Lex specialis derogat legi generali .....	255

(4) „Convention à la Constitution“ .....	257
(a) Begründung einer „Convention à la Constitution“ .....	259
(b) Rechtsfolge einer „Convention à la Constitution“ .....	263
2. Das Prinzip der Gleichheit .....	266
a) Unitaristisches Ausgangsverständnis .....	267
b) Das interne lokale Staatskirchenrecht .....	271
aa) Unterschiede zwischen den anerkannten Religionsgemeinschaften ...	273
bb) Unterschiede zwischen anerkannten und nichtanerkannten Religions-	
gemeinschaften .....	275
(1) Steuerrechtliche Gleichbehandlung .....	275
(2) Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften .....	277
c) Lokales und innerfranzösisches Staatskirchenrecht .....	279
aa) Neutralisation des Gleichheitsprinzips durch das PFRLR des lokalen	
Rechts .....	280
bb) Anwendung der Kriterien für das Gleichheitsprinzip .....	284
(1) Unterschiedliche Regeln für unterschiedliche Situationen .....	285
(2) Öffentliches Interesse an der Ungleichbehandlung .....	287
(3) Direkter Bezug zum Gesetzeszweck .....	287
3. Das Prinzip der Unteilbarkeit der Republik .....	287
a) Uniformistische Wurzeln des Unteilbarkeitsgrundsatzes .....	288
b) Abgeleitete normative Kompetenz der Gebietskörperschaften .....	292
aa) Pouvoir réglementaire der Gebietskörperschaften .....	292
bb) Sonderkompetenzen mancher Gebietskörperschaften .....	294
cc) Droit à l'experimentation der Gebietskörperschaften .....	296
c) National festgelegtes Sonderrecht .....	296
III. Keine judizierte Verfassungswidrigkeit des elsass-lothringischen Staatskirchen-	
rechts .....	299
1. Verschiedene Verfassungskontrollverfahren .....	299
a) Inzidente Verfassungskontrolle .....	299
b) Verfassungskontrolle a priori .....	301
c) Verfassungskontrolle a posteriori .....	302
2. Richterrechtliche Aktualisierung einzelner Aspekte .....	303
IV. Unsicherheiten für die Fortentwicklung des lokalen Staatskirchenrechts .....	306
1. Kein expliziter Abschaffungsauftrag an den Gesetzgeber .....	306
2. Problematische Konservierung des lokalen Rechts .....	307
3. Schwierige Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Gesetz- und Verordnungs-	
geber .....	313
§ 4 Das elsass-lothringische Staatskirchenrecht im europäischen Kontext .....	320
I. Die Auswirkungen des EU-Rechts .....	320
1. Keine direkte Kompetenz der EU: der Kirchenartikel des Art. 17 AEUV ...	321

2. Die Charta der Europäischen Grundrechte im Licht der Europäischen Menschenrechtskonvention .....	322
3. Der indirekte Einfluss des EU-Rechts .....	323
II. Die Bedeutung der Religionsfreiheit der Europäischen Menschenrechtskonvention .....	325
1. Bindungswirkung der Europäischen Menschenrechtskonvention .....	326
2. Das Verhältnis zur verfassungsrechtlichen Religionsfreiheit .....	327
3. Großer Spielraum der Vertragsstaaten für die Gestaltung ihrer staatskirchenrechtlichen Beziehungen mit den Religionsgemeinschaften .....	330
4. Die inhaltliche Garantie des Art. 9 EMRK insbesondere in institutioneller Hinsicht .....	334
5. Einzelne Elemente des lokalen Staatskirchenrechts auf dem Prüfstand .....	338
a) Staatliche Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten .....	338
b) Privilegien der anerkannten Religionsgemeinschaften .....	342
c) Diskriminierung der nichtanerkannten bzw. innerfranzösischen Religionsgemeinschaften .....	344
d) Religionsunterricht an öffentlichen Schulen .....	346

### 3. Teil

#### **Parallelen und Unterschiede zum innerfranzösischen und deutschen Staatskirchenrecht**

349

§ 5 Die Finanzierung von Religionsgemeinschaften .....	349
I. Rechtslage in Innerfrankreich .....	349
1. Allgemeines Subventionsverbot in Art. 2 Abs. 1 TG 1905 .....	350
a) Kult- und Diözesenvereinigungen .....	351
aa) Historische Genese der Kult- und Diözesenvereinigungen .....	351
bb) Formelle Voraussetzungen für Kult- und Diözesenvereinigungen .....	353
cc) Materielle Voraussetzungen für Kult- und Diözesenvereinigungen .....	354
(1) Öffentliche Kulturausübung mit einem übernatürlichen Bezugspunkt .....	354
(2) Ausschließlich religiöser Zweck .....	356
(3) „Ordre-public“-Vorbehalt .....	359
b) Allgemeine Vereinigungen ohne kulturelle Aktivitäten .....	359
c) Allgemeine Vereinigungen mit gemischten Aktivitäten .....	360
2. Relativität des Subventionsverbots in Art. 2 Abs. 1 TG 1905 .....	366
a) Einschränkungen durch den Gesetzgeber .....	367
aa) Steuerrechtliche Erleichterungen für Kult- und Diözesenvereinigungen .....	367
(1) Die Annahme von vermögensrechtlichen Zuwendungen .....	367
(a) Behördliche Aufsicht .....	368
(b) Eingeschränkte Transferierung von freiwilligen Zuwendungen .....	370

(2) Steuerabsetzungen .....	371
(3) Steuerbefreiungen .....	373
bb) Finanzierung von Kultstätten .....	376
(1) Die Erhaltung von Kultgebäuden .....	376
(a) Kultgebäude im Eigentum des Staates .....	377
(b) Kultgebäude im Eigentum der Kultvereinigungen .....	381
(2) Der Neubau von Kultstätten .....	382
(a) „Bail administratif emphytéotique“ .....	382
(b) „Garanties d’emprunt“ .....	384
(c) „Bâtiments mixtes“ .....	384
cc) Anstaltsseelsorge .....	386
b) Einschränkungen durch die Rechtsprechung .....	388
II. Rechtslage in Elsass-Lothringen .....	389
1. Staatliche Leistungen für die anerkannten Kulte .....	390
a) Personalkosten .....	390
b) Gebäudekosten .....	393
c) Verwaltungskosten .....	393
2. Kommunale Leistungen für die anerkannten Kulte .....	394
a) Unmittelbare Belastung .....	395
b) Subsidiäre Belastung .....	397
aa) Voraussetzungen .....	397
bb) Rechtsfolge .....	398
cc) Verfahren .....	400
c) Streitbeilegung .....	402
3. Departementale Leistungen für die anerkannten Kulte .....	402
III. Rechtslage in Deutschland .....	403
1. Einnahmen aus der Kirchensteuer .....	403
a) Kirchensteuergläubiger und Einziehungsverfahren .....	404
b) Kirchensteuerschuldner .....	405
c) Bemessungsgrundlage .....	406
d) Rechts- und kirchenpolitische Diskussionen .....	407
2. Die historischen Staatsleistungen und ihre Ablösung .....	409
a) Die Entstehung der Staatsleistungen .....	410
b) Der Inhalt der Staatsleistungen .....	410
c) Die Ablösung der Staatsleistungen .....	411
d) Die Begründung neuer Staatsleistungen .....	413
3. Steuervorteile und -vergünstigungen .....	414
4. Staatliche Finanzhilfe .....	415

IV. Der Vergleich der Rechtslagen .....	416
1. Organisationsform als entscheidende Weichenstellung für staatliche Förderung .....	417
2. Mischfinanzierung der Religionsgemeinschaften mit variablem staatlichen Förderanteil .....	419
3. Parallelen bei der öffentlichen Mindestfinanzierung .....	421
§ 6 Der Religionsunterricht an öffentlichen Schulen .....	422
I. Rechtslage in Innerfrankreich .....	424
1. Kein Religionsunterricht in der Grundschule .....	425
2. Private „aumôneries scolaires“ an den Sekundarschulen .....	426
a) Einrichtung von „aumôneries scolaires“ .....	428
b) Privat finanziertes Lehrpersonal .....	429
c) Keine inhaltlichen Vorgaben zum Religionsunterricht .....	431
d) Keine muslimischen „aumôneries“ .....	431
3. Behandlung religiöser Themen in den allgemeinen Fächern .....	432
II. Rechtslage in Elsass-Lothringen .....	433
1. Religionsunterricht als Teil des offiziellen Stundenplans .....	434
2. Freiwillige An- und Abmeldung vom Religionsunterricht .....	437
3. Staatlich finanziertes Lehrpersonal .....	438
4. Bekenntnisoffene Ausrichtung des Religionsunterrichts .....	440
5. Pilotprojekt EDII-Unterricht („Education au Dialogue Interreligieux et Inter-culturel“) .....	444
III. Rechtslage in Deutschland .....	447
1. Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach .....	447
2. Befreiungsmöglichkeit vom Religionsunterricht .....	448
3. Staatlich finanziertes Lehrpersonal .....	448
4. Bekenntnisorientierter Religionsunterricht .....	449
5. Die Unterrichtung in islamischer Religionslehre .....	452
IV. Der Vergleich der Rechtslagen .....	455
1. Minimalkonsens zur Integration des „fait religieux“ .....	455
2. Unterschiedliche „Veranstalter“ des Religionsunterrichts .....	457
3. Variable Reichweite der staatlichen Implikation .....	457
4. Inhaltliche Verschiedenheit des Religionsunterrichts .....	459
5. Prinzipielle Offenheit für islamischen Religionsunterricht .....	460
§ 7 Die theologischen Hochschuleinrichtungen .....	461
I. Rechtslage in Innerfrankreich .....	461
1. Privat organisierte konfessionelle Hochschulen .....	462
2. Staatliche Rahmenkontrolle .....	463
3. Staatliche Subventionen .....	464

4. Teilweise staatlich anerkannte Abschlüsse .....	464
5. Umstrittene private Einrichtungen für islamische Theologie .....	466
II. Rechtslage in Elsass-Lothringen .....	469
1. Theologische Bildungseinrichtungen an staatlichen Universitäten .....	469
a) Die evangelisch-theologische Fakultät in Straßburg .....	470
aa) Rechtliche Entkonfessionalisierung .....	471
bb) Praktische Kooperation zwischen Fakultät und Kirche .....	472
(1) Geteilte Verantwortungen .....	472
(2) Personelle Verbindungen .....	473
b) Die katholisch-theologische Fakultät in Straßburg .....	474
aa) Umfassende Mitwirkungsrechte der katholischen Kirche .....	475
(1) Berufungswesen .....	475
(2) Beanstandungsrecht .....	476
bb) Ausbildung und Abschlüsse .....	478
c) Das Departement für Theologie in Metz .....	480
aa) Faktische Entkonfessionalisierung .....	481
bb) Ausbildung und Abschlüsse .....	483
2. Erfolglose Initiativen für islamische Theologie .....	484
III. Rechtslage in Deutschland .....	486
1. Theologische Fakultäten an staatlichen Universitäten als klassische „res mixtae“ .....	487
a) Personalgelegenheiten .....	487
b) Ausbildung und Prüfungen .....	489
2. Universitäre Einrichtungen für islamische Theologie .....	489
IV. Der Vergleich der Rechtslagen .....	491
1. Unterschiedliches Ausgangsverständnis der staatlichen Kultur- und Wissen- schaftsverantwortung .....	492
2. Heterogene Organisationsstrukturen für die Theologie in der Wissenschafts- und Bildungslandschaft .....	493
3. Staatliches Steuerungsbedürfnis der islamischen Theologie .....	495
§ 8 Erkenntnisse aus dem Vergleich mit dem Staatskirchenrecht in Deutschland und In- nerfrankreich .....	498
I. Originelle Kombination staatskirchenrechtlicher Traditionen .....	498
II. Zunehmender Ausbau des Selbstverwaltungsrechts der anerkannten Kulte ....	501
III. Positive Religionspflege aus pragmatischen Gründen .....	504
<b>Fazit</b> .....	507
<b>Résumé</b> .....	517

**Literaturverzeichnis** ..... 527

**Sachwortverzeichnis** ..... 550

## Abkürzungsverzeichnis

a. E.	am Ende
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AJDA	L'actualité juridique droit administratif
AN	Assemblée Nationale/Élection à l'Assemblée Nationale
ANC	Assemblée nationale constituante
AOCC	Articles organiques culte catholique
AOCP	Articles organiques cultes protestants
Art.	Artikel
Ass.	assemblée
ASSR	Archives de sciences sociales des religions
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
BFH	Bundesfinanzhof
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
CC	Conseil constitutionnel
CCass	Cour de cassation
CE	Conseil d'État
CF	Constitution française du 4 octobre 1958/Verfassung der Französischen Republik vom 4. Oktober 1958
Cons.	considérant
crim.	chambre criminelle
D.	Recueil Dalloz
d. h.	das heißt
DA	Droit administratif
DC	Décision de conformité
DDHC	Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen de 1789/Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/n
DNA	Dernières Nouvelles d'Alsace
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
Droits	Droits: Revue française de théorie, de philosophie et de cultures juridiques
Ebd.	Ebenda
EDCE	Études et Documents du Conseil d'État
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
etc.	et cetera

EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EU-GRCh	Grundrechtecharta der Europäischen Union
EUV	Vertrag über die Europäische Union
fasc.	fascicule
ff.	und folgende Seiten
Fn.	Fußnote
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
grds.	grundsätzlich
HdbStKirchR	Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland
HdbStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
Hrsg.	Herausgeber
i. d. R.	in der Regel
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
insb.	insbesondere
J.O.	Journal Officiel de la République Française (Amtsblatt der Französischen Republik)
JCL AM	Jurisclasseur Alsace-Moselle
JCP ACT	La semaine juridique – Édition Administrations et Collectivités territoriales (Jurisclasseur périodique)
JCP G	La semaine juridique – Édition générale (Jurisclasseur périodique)
JZ	Juristenzeitung
L	Loi/Déclassements de textes législatifs au rang réglementaire
lit.	littera/e
LPA	Les Petites Affiches
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
N°/n°	numéro
(N)CCC	(Nouveaux) Cahiers du Conseil constitutionnel
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
PFRLR	Principe fondamental reconnu par les lois de la République
QJ	Le Quotidien juridique
QPC	question prioritaire de constitutionnalité
R	Réglementaire (Partie réglementaire d'un code suivie d'un numéro d'article)
RA	Revue administrative
RDC	Revue de droit canonique
RDL	Revue de droit local
RDP	Revue de droit public et de la science politique en France et à l'étranger
RDT	Revue de droit du travail
Rec.	Recueil des décisions
REDREE	Revue européenne du droit des relations Eglises État
RFDA	Revue française de droit administratif
RFDC	Revue française de droit constitutionnel
RHPR	Revue d'Histoire et de Philosophie religieuses
RID comp.	Revue internationale de droit comparé
Rn.	Randnummer/n

RSDR	Revue Société Droit et Religion
RSR	Revue des Sciences Religieuses
S.	Seite/Satz
s.	siehe
soc.	chambre sociale
sog.	sogenannt/e(r)
TA	Tribunal administratif
TG 1905	Trennungsgesetz vom 9. Dezember 1905
u. a.	unter anderem
UEPAL	Union des Églises protestantes d'Alsace et de Lorraine
vgl.	vergleiche



# Einleitung

## I. Themeneinführung

Die französische Rechtsordnung kennt nicht nur das berühmte staatskirchenrechtliche Trennungsregime in Innerfrankreich, sondern auch verschiedene lokale Sonderregime in den Überseegebieten<sup>1</sup> und Elsass-Lothringen.

Das Staatskirchenrecht ist dabei nur ein Teil – sicher der bekannteste – des sog. lokalen Rechts („droit local“) in Elsass-Lothringen. Die wichtigsten Rechtsgebiete, in denen lokales Recht gilt, sind außerdem das Arbeits- und Sozialversicherungsrecht, das Jagd- und Fischereirecht, das Vereinigungsrecht sowie das Grundbuch-, Gemeinde- und Gerichtsorganisationsrecht. In seiner Anwendung ist das lokale Recht territorial auf die drei französischen Departements *Haut-Rhin*, *Bas-Rhin* und *Moselle* begrenzt. Terminologisch wird das Gebiet im Französischen in Anlehnung an das ehemalige Reichsland Elsass-Lothringen – die heutigen Grenzen der drei östlichen Departements entsprechen dem früheren reichsländischen Grenzverlauf<sup>2</sup> – teilweise noch als *Alsace-Lorraine* bezeichnet. Besonders im deutschen Sprachgebrauch ist die Bezeichnung der drei östlichen französischen Departements als „Elsass-Lothringen“ weiterhin verbreitet. In modernisierter Form und losgelöst vom „mythe fondateur“<sup>3</sup> setzen sich jedoch zunehmend die Begriffe *Alsace-Moselle* bzw. Elsass-Mosel durch. Das lokale Recht setzt sich aus französischen Rechtstexten vor 1870, deutschen Rechtstexten aus der Zeit zwischen 1870 und 1918 sowie erneut französischen Rechtstexten nach 1918 zusammen.<sup>4</sup> Mit dem napoleonischen Kon-

---

<sup>1</sup> Es gibt gemäß Art. 43 TG 1905 i. V. m. den „Mandel-Dekreten“ vom 16. und 6. Dezember 1939, dem Dekret vom 5. Juli 1927 zum protestantischen Kult in Französisch-Polynesien, der königlichen Verordnung Charles X. vom 28. August 1828 sowie dem Briefwechsel zwischen dem französischen Staat und dem Heiligen Stuhl vom 7. und 19. Juni 1951 ähnliche staatskirchenrechtliche Sonderregime in den französischen Überseegebieten (etwa Französisch-Guyana, Neu-Kaledonien, Polynesien, Mayotte). In Französisch-Guyana wird z. B. der katholische Klerus aus dem Haushalt des Departements bezahlt; im überwiegend islamischen Mayotte ernannt der Präfekt das religiöse Oberhaupt der muslimischen Gemeinschaft, den Mufti.

<sup>2</sup> Besonders für das lokale Staatskirchenrecht entfaltete die Reichslandzeit aufgrund der damit verbundenen Abkoppelung von der französischen Geschichte, insbesondere während der Einführung des Trennungsgesetzes vom 09. Dezember 1905, nachhaltige Prägekraft.

<sup>3</sup> *Olszak, Norbert*, La place du droit local dans la société alsacienne et lorraine, in: Institut du Droit local Alsacien-Mosellan (Hrsg.), *Etats, Régions et droits locaux. Droits locaux et statuts particuliers en France et en Europe*, S. 161.

<sup>4</sup> Vgl. zu dieser weiten Definition des lokalen Rechts: *Woehrling, Jean-Marie*, Introduction. Le droit local alsacien-mosellan: passé, présent, avenir, in: Institut du droit local alsacien-

kordat von 1801 ist in Elsass-Lothringen noch das weltweit älteste Abkommen zwischen einem Staat und dem Heiligen Stuhl in Kraft. Für die elsass-lothringische Bevölkerung<sup>5</sup> ist das lokale Recht Zeuge ihrer wechselvollen Geschichte und Ausdruck ihrer kulturellen Identität. Es geht deshalb in seiner sozialen, politischen und moralischen Bedeutung über ein bloßes Sammelsurium an epochal übergreifenden Rechtstexten hinaus.

„Dans l’opinion locale, le droit local a acquis une valeur emblématique de charte régionale. Ce droit est devenu une expression de l’identité culturelle alsacienne et de l’ordre social et moral de la région. Il constitue le témoignage de l’histoire troublée de la région, mais aussi de sa capacité de combiner les héritages juridiques successifs français et allemands. On n’hésite pas à utiliser à son sujet un possessif fier et affectueux: „notre droit local“. Celui-ci est ainsi perçu comme une propriété collective de l’Alsace et de la Moselle. Par-delà les frontières partisans, le droit local illustre aussi le thème du consensus régional et esquisse une sorte de constitution morale implicite. Les valeurs qu’exprime le droit local sont censées être à la fois le témoignage et l’instrument de ce consensus supra politique, apte à dépasser les clivages traditionnels. Le droit local est ainsi souvent compris comme le statut qui a permis de garantir la paix religieuse et civile, la protection sociale, la justice économique dans la région, ainsi qu’une gestion efficace des choses régionales.“<sup>6</sup>

„In der regionalen öffentlichen Meinung hat das ‚droit local‘ einen symbolischen Wert als regionale Charta erlangt. Das ‚droit local‘ ist zu einem Ausdruck der kulturellen Identität und der sozialen und moralischen Ordnung der Region geworden. Es zeugt von der bewegten Geschichte der Region, aber auch von ihrer Fähigkeit, das französische und das deutsche Rechtserbe zu vereinen. Geradezu stolz und liebevoll wird ein Possessivpronomen verwendet und von ‚unserem‘ lokalen Recht gesprochen. Es wird als kollektives Eigentum von Elsass und Mosel wahrgenommen. Über die Parteigrenzen hinaus veranschaulicht das ‚droit local‘ auch das Thema des regionalen Konsenses und skizziert eine Art implizite moralische Verfassung. Die im lokalen Recht zum Ausdruck gebrachten Werte sollen sowohl Zeugnis als auch Instrument dieses überpolitischen Konsenses sein, der in der Lage ist, traditionelle Gegensätze zu überwinden. Das „droit local“ wird daher oft als das Statut verstanden, das es ermöglicht hat, den religiösen und bürgerlichen Frieden, den sozialen Schutz, die wirtschaftliche Gerechtigkeit in der Region sowie eine effiziente Verwaltung der regionalen Angelegenheiten zu gewährleisten.“<sup>7</sup>

Das *droit local des cultes* in Elsass-Lothringen ist alles andere als ein homogenes Regelungswerk, denn es setzt sich aus einer Vielzahl an Gesetzen und Verordnungen

mosellan (Hrsg.), *Le guide du droit local. Le droit applicable en Alsace et en Moselle de A à Z*, S. 8 f.

<sup>5</sup> Auf die 1871 erfolgte „construction artificielle“ Elsass-Lothringens und die kulturellen Unterschiede zwischen Elsässern und Lothringern weist *Rhinn, Emilien*, *La formalisation du droit local alsacien-mosellan dans l’ordre juridique français (1914–1925)*, S. 57 zu Recht hin.

<sup>6</sup> *Woehrling, Jean-Marie*, *La décision du Conseil constitutionnel sur le droit local alsacien-mosellan: consécration ou restriction ?*, RFDA 2012, S. 134 f.

<sup>7</sup> In dieser Arbeit werden zum leichten Verständnis von der Verfasserin Übersetzungen der zentralen französischen Zitate vorgenommen.

(insgesamt etwa 140 Rechtstexte) aus unterschiedlichsten geschichtlichen Epochen zusammen.<sup>8</sup> Dass viele lokale Gesetze nicht im „Journal officiel“ veröffentlicht sind und bisher nicht offiziell ins Französische übersetzt wurden, ändert dabei nichts an ihrer Gültigkeit.<sup>9</sup> Das lokale Staatskirchenrecht hat drei wesentliche Pfeiler: das Konkordatssystem i. e. S. („régime des cultes“) für die Beziehungen zwischen Staat und den vier anerkannten Kulturen („cultes reconnus“); die Organisation des Religionsunterrichts an öffentlichen Schulen („l'enseignement religieux à l'école publique“) sowie die theologischen Fakultäten an der staatlichen Universität Straßburg und das Département für Theologie in Metz.

Das Konkordatssystem wird von zwei Grundprinzipien bestimmt: Der Staat bezahlt die Geistlichen („ministres du culte“) der vier anerkannten Kulte aus allgemeinen Steuermitteln und kontrolliert im Gegenzug deren Ernennung.<sup>10</sup> Zu den vier anerkannten Religionsgemeinschaften gehören diejenigen, die sich seit dem Ausführungsgesetz vom 8. April 1802 („Loi organique 18 Germinal An X“) als Einrichtungen des öffentlichen Rechts („établissements publics des cultes“) mit Rechtspersönlichkeit organisieren. Heute sind das auf dem Gebiet der drei Départements Moselle, Haut-Rhin und Bas-Rhin die katholische Kirche über Fabriken, Mensen und Seminare<sup>11</sup>, die reformierte Kirche („Église Réformée d'Alsace et de Lorraine – ERAL“) und die lutherische Kirche („Église de la Confession d'Augsbourg d'Alsace et de Lorraine – ECAAL“) über Presbyterien und Konsistorien<sup>12</sup> sowie der jüdische Kult über Konsistorien.

<sup>8</sup> Messner, Francis, JCL AM, fasc. 230, Régime des cultes. Caractères et principes généraux. Police des cultes, Punkt 1 und 46.

<sup>9</sup> CCass., crim., Nr. 87-92043 vom 10. März 1988; CC, Nr. 2012-285 vom 30. November 2012 (Christian S.) forderte aber im Hinblick auf Art. 2 CF („La langue de la République est le français“) und das „objectif de valeur constitutionnelle d'accessibilité de la loi“ die offizielle Übersetzung der deutschen Rechtstexte.

<sup>10</sup> Das Innenministerium („Ministère de l'Intérieur“) hatte 2013 ein Budget von 58.366.886 Mio. Euro, um die 1.397 Vollzeitangestellten der Religionsgemeinschaften in Elsass-Lothringen zu bezahlen. Siehe: AN, Question écrite Nr. 12996 vom 11. Dezember 2012 des Abgeordneten Jean Glavany; Réponse des Innenministeriums vom 2. Juli 2013: „Le montant des crédits inscrits au titre du ministère de l'intérieur dans la loi de finances initiale pour 2013 pour le financement des cultes statutaires d'Alsace et de Moselle s'élève à un total de 60 655 419 euros dont 58 366 886 euros destinés à couvrir les pensions et les rémunérations d'activité des ministres du culte. Le plafond d'emplois correspondant est fixé à 1397 ETPT (équivalents temps plein travaillé), ces emplois se répartissant à 74 % pour le culte catholique, 22 % pour les cultes protestants et 4 % pour le culte israélite. Le nombre des effectifs budgétaires est stable depuis plusieurs années, après que 800 emplois de ministres du culte catholique ont été supprimés entre 1989 et 2006. La diminution des vocations religieuses ne se traduit pas nécessairement par une diminution des effectifs budgétaires, puisque ceux-ci peuvent être pourvus par des laïcs exerçant des fonctions d'aumônerie.“

<sup>11</sup> Die Diözese von Metz ist für das Département Moselle zuständig, die Diözese Straßburg für die Départements Haut-Rhin und Bas-Rhin. Bei den Diözesen handelt es sich aber nur um einfache Verwaltungsbezirke ohne Rechtspersönlichkeit.

<sup>12</sup> Die beiden protestantischen Kirchen in Elsass-Lothringen haben seit 1969 einen gemeinsamen Rat („conseil commun“) und seit dem Dekret vom 18. April 2006 einen gemein-